
DAS ELEND DER ÖKONOMIE¹

Die Ökonomie von heute: in 30 Jahren vergessen?.....	1
Was hatte die theoretische Ökonomie zu bieten?	6
Was bleibt von der Ökonomie?.....	10
Was hätte die Ökonomie bieten müssen?.....	18
Was kann eine zeitgemäße politische Ökonomie leisten?	20

Die Ökonomie von heute: in 30 Jahren vergessen?

Auf die Frage, wie er die Zukunft der damals gängigen Lehrinhalte der Nationalökonomie sehe, wagte der Nobelpreisträger John R. Hicks schon Ende der siebziger Jahre die Prognose, nach fünfzig Jahren werde hiervon nichts mehr in Erinnerung sein.

Ein so kritischer Ausblick in die Zukunft der ökonomischen Theorie wurde zu jener Zeit noch kaum ernst genommen. Gegen das Obsoletwerden der ökonomischen Lehre schien unter anderem die Tatsache zu sprechen, daß diese mit sehr verschiedenartigen, zum Teil gegensätzlichen Deutungen und einander widersprechenden Theoriebausteinen operierte. Wo nämlich die bestehenden Theorien gegensätzliche Deutungen enthielten, konnte man hoffen, daß wenigstens eine von ihnen in der Theoriegeschichte überdauern würde. Man baute darauf, daß von zwei theoretischen Aussagen nicht beide falsch sein können, wenn eine von ihnen die Negation der anderen ist. Dies galt unter anderem für die Frage, ob ein privatwirtschaftliches Marktsystem effiziente Gleichgewichtszustände hervorbringt oder ob es per se zu ineffizienten Ungleichgewichten und Konjunkturkrisen neigt. Der Untergang des gesamten bestehenden Theoriesystems erschien aus dieser Sicht als der unwahrscheinlichste, wenn nicht sogar logisch ausgeschlossene Eventualfall.

Von zwei wirtschaftstheoretischen Aussagen, deren eine die Verneinung der anderen ist, können in der Tat nicht beide falsch sein. Sie können sich aber - und genau dies kann die Hickssche Prognose wahr werden lassen -

¹ Überarbeitete Fassung des gleichnamigen Kapitels 1 in: B. Wehner, Die Logik der Politik und das Elend der Ökonomie, Darmstadt 1995

beide als gesellschaftlich und damit letztlich auch wissenschaftlich irrelevant erweisen. Die Hickssche Prognose kann also nicht nur dadurch wahr werden, daß die theoretischen Antworten der ökonomischen Wissenschaft empirisch widerlegt werden. Die realistischere Alternative ist, daß die zugrunde liegenden Fragestellungen zum Teil als unwesentlich erkannt werden und dass daher die Beschäftigung mit den zugehörigen Antworten spontan eingestellt wird. Dies geschieht z.B., wenn traditionelle theoretische Gegensätze wie diejenigen zwischen makroökonomischer Gleichgewichts- und Ungleichgewichtstheorie, postkeynesianischer und neoklassischer Arbeitsmarkttheorie oder neoklassischer und marxistischer Institutionenlehre nicht mehr mit politischen Handlungsalternativen in Verbindung gebracht und nicht einmal mehr als Verständnisalternativen zu gesellschaftlichen Problemen respektiert werden. Über solche Fälle geht die Theoriengeschichte früher oder später mit Schweigen hinweg.

Das eklatante Scheitern verfügbarer Theorien in der praktischen Anwendung hat den ideengeschichtlichen Vergessensprozess in der Ökonomie in jüngerer Zeit stark gefördert. Gescheitert ist als erstes die keynesianische Makroökonomie mit ihrem Anspruch, gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte und die damit verbundene Unterbeschäftigung zu deuten. Gescheitert ist sie insbesondere mit dem Anspruch, Instrumente zur Behebung solcher Ungleichgewichte und zur Sicherung vollbeschäftigungsähnlicher Zustände auszuweisen. Der keynesianische Interventionismus hat sich in der Praxis eher destabilisierend als verstetigend gewirkt, und vieles spricht dafür, daß er mittel- und langfristig eher einen Anstieg als eine Verringerung der Arbeitslosigkeit bewirkt hat.

Gescheitert sind auch die Versuche der Makroökonomie, eine theoretische Basis für verlässliche kurz- und mittelfristige Prognosen über die konjunkturelle Entwicklung zu erstellen. Die Konjunkturforschung der letzten Jahrzehnte ist den von ihr selbst erzeugten Erwartungen nie gerecht geworden. So kamen zum Beispiel in Vergangenheit selbst die aufwendigsten wissenschaftlichen Prognosen zum Konjunkturverlauf der Wirklichkeit im Durchschnitt nicht näher als ein unbesehenes Fortschreiben des Wirtschaftswachstum des jeweils vergangenen Jahres. Klare Ausnahmen hiervon gab es nur in Jahren, in denen die Trends von einmaligen, zum Prognosezeitpunkt bekannten Sonderfaktoren wie Ölkrisen, Kriegsausbrüchen, großen staatlichen Konjunkturprogrammen oder scharfen geldpolitischen Umsteuerungen beeinflußt wurden. Kaum besser als das Wirtschafts-

wachstum wurde auch die Entwicklung anderer gesamtwirtschaftlicher Schlüsselgrößen wie Produktivität und Inflation vorausgesagt.

Daß der Geltungsanspruch der Makroökonomie sowohl in der Prognostik wie auch in der wirtschaftspolitischen Intervention uneingelöst blieb, wurde bis in die jüngste Zeit noch als Ansporn zu einer immer differenzierteren Ausgestaltung der Theoriengebäude genommen. Die Hoffnungen, durch noch komplexere Modelle wesentlich präzisere Prognosen und gezieltere Interventionen realisieren zu können, blieben aber unerfüllt. Die Erfahrung hat zudem gezeigt, daß der hohe Komplexitätsgrad makroökonomischer Modelle eine unerwünschte Nebenwirkung für den theoretischen Geltungsanspruch hat. Er verstellt selbst den versiertesten Spezialisten den intuitiven Zugang zu den Ergebnissen der Modellrechnungen. Um so schwerer macht er es, das Vertrauen einer breiteren wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit in diese Rechnungen zu gewinnen. Mit der Komplexität der Modelle wächst auch der intuitive Zweifel, ob diese die Konjunktur- und Wachstumsprozesse noch in sinnvollen, realitätsnahen Termini beschreiben. Hieraus ergibt sich zwangsläufig auch ein wachsender Zweifel am praktischen Nutzen einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die nach der Vorgabe herkömmlicher Konjunktur- und Wachstumstheorien strukturiert ist.

Kaum besser als der makroökonomischen Prognose- und Interventionslehre ist es der anwendungsorientierten Wettbewerbstheorie ergangen. Deren ursprünglicher Anspruch war es, die vorteilhaftesten Wettbewerbsverhältnisse auf Märkten bestimmen und die Grundlage für ein zugehöriges politisches Eingriffsinstrumentarium legen zu können. Auch dieser Anspruch erwies sich in der Praxis als uneinlösbar. Die Frage, ob und unter welchen Umständen sich die Tolerierung monopolistischer und oligopolistischer Marktstrukturen negativ auf den Wohlstand und die Wohlstandsverteilung auswirkt, ist heute umstrittener denn je. Noch umstrittener ist die Frage, wie staatliche Eingriffen in diese Strukturen sich längerfristig auf den Wohlstand und dessen Verteilung auswirken. Der theoretische Fortschritt liegt auf diesem Feld allein darin, die Unvollständigkeit früherer Erklärungsmodelle und die Voreiligkeit darauf gegründeter politischer Schlussfolgerungen aufgedeckt zu haben.

Ein noch schlimmeres Schicksal war der ökonomischen Wachstumstheorie beschieden. Nur scheinbar war sie zeitweise über die triviale Erkenntnis hinausgewachsen, daß das Wachstum der Wirtschaft von der technischen

und organisatorischen Innovationskraft der Gesellschaft und von deren Sparbereitschaft abhängt. Auch die Versuche, diese triviale Erkenntnis formal zu präzisieren, blieben ohne nennenswerten praktischen Erkenntnisgewinn. Der Stand des praktisch verwertbaren wachstumstheoretischen Wissens ist mit der Feststellung, Wettbewerb und ein gutes staatlich finanziertes berufliches Ausbildungswesen seien dem Wachstum der Wirtschaft förderlich, ziemlich erschöpfend beschrieben.

Der Einbruch der Geltungsansprüche ökonomischer Theorie für die Konjunktur-, Wachstums- und Wettbewerbspolitik war ein unspektakulärer, von der politischen Öffentlichkeit eher beiläufig wahrgenommener Vorgang. Spektakulärer ist die ökonomische Theorie an der Aufgabe gescheitert, die Umwandlung von der Plan- zur Marktwirtschaft zu erklären und praktische Konzepte für die Wirtschaftspolitik der postsozialistischen Staaten zu entwickeln. Die Ratschläge, die hierfür aus dem bestehenden Theorienvorrat hergeleitet wurden, hatten teilweise verheerende Folgen. Zum Teil waren sie für breite Bevölkerungsschichten so offensichtlich unzumutbar, daß sie spontane konservative Gegenreaktionen zur Folge hatten und auf diese Weise ungewollt zur Ursache für eine Verlängerung des staatswirtschaftlichen Elends wurden. Aber selbst dort, wo sie gegen spontane Widerstände zur Anwendung kamen, lösten sie statt rascher marktwirtschaftlicher Blüte über lange Zeit Stagnation oder Niedergang aus. Sie schwächten damit indirekt die Akzeptanz marktwirtschaftlicher und demokratischer Strukturen, begünstigten das Aufkommen nationalistischer Rivalitäten und destabilisierten die innen- und außenpolitische Lage der betroffenen Staaten. Das Renommee der ökonomischen Disziplin hat auch hieran erheblichen Schaden genommen.

Die wissenschaftlichen Fehltritte zu den Problemen der postsozialistischen Wirtschaft fielen zeitlich mit krassen Fehlprognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung der westlichen Industriestaaten zusammen. Nach einer langen Phase schwachen, in Europa von hoher Arbeitslosigkeit begleiteten Wachstums hatte es zum Ende der achtziger Jahre einen außergewöhnlichen konjunkturellen Aufschwung gegeben. Dieser Aufschwung verleitete die Mehrheit der Ökonomen zu falschen Schlußfolgerungen. Er wurde überwiegend als Indiz dafür gedeutet, daß die hohe Arbeitslosigkeit durch geringfügige Steuerentlastungen und Deregulierungen zu überwinden sei. Wissenschaftliche Studien, die z.B. für Deutschland eine Verringerung der Arbeitslosenquote auf 2,5% bis 3% im Laufe der neunziger Jahre voraus-

sagten, stießen unter Ökonomen auf wenig Widerspruch. Diese Einschätzungen wurden in den Folgejahren nur zögernd und widerwillig korrigiert.

In solchen Fehlprognosen zeigte sich, daß die zuständige Wissenschaft einer realitätsfremden Überschätzung der Wirtschafts- und Sozialordnung in den meisten marktwirtschaftlichen Demokratien erlegen war. Aufgrund dieser Überschätzung wurden kaum noch Bemühungen um neue Konzepte in der Wirtschafts- und Sozialpolitik angestellt.

Die Fehlschläge der Ökonomie in der Prognostik und Politikberatung blieben aber für die theoretische Meinungslandschaft nicht ganz folgenlos. Sie bewirkten zumindest, daß der fehlende Konnex zwischen Theorie und Praxis etwas intensiver wahrgenommen wurde als in früheren Jahrzehnten. Nach einer zeitweiligen Konvergenz der theoretischen Meinungen wurde so auch die Ökonomie von einer Art postmoderner Beliebigkeit eingeholt, die die Gewichte theoretischer Lehrmeinungen mit dem Konjunkturverlauf und anderen Einflüssen schwanken ließ. Immer beliebiger erschienen z.B. die Argumente zu der Frage, ob einer lahmen Konjunktur und einem mangelhaft ausgeschöpften Arbeitsmarkt am besten mit wirtschaftspolitischen Stabilitätssignalen, mit weiterer Deregulierung oder doch auch wieder mit öffentlichen Nachfrageimpulsen zu begegnen sei. Nicht weniger beliebig erschienen auf anderem Gebiet die theoretischen Argumente, mit denen beispielsweise für und wider die Privatisierung staatlicher Versorgungsmonopole gestritten wurde. Wo aber theoretische Argumente in dieser Weise als beliebig empfunden werden, sind die zugrundeliegenden Theorien bereits auf dem Weg in die baldige Vergessenheit.

Kaum weniger beliebig erscheinen heute die theoretischen Grundlagen der Finanzpolitik, d.h. die theoretischen Antworten auf die Fragen, wie ein moderner demokratischer Staat sich seine finanziellen Mittel beschaffen soll, wann und wie hoch er sich dabei verschulden darf und wie über die Höhe und Zusammensetzung seiner Ausgaben zu entscheiden ist. (S. hierzu den Essay *Die Logik der Finanzpolitik*.) Ähnlich steht es um die theoretischen Grundlagen der von den Notenbanken zu betreibenden Geldpolitik. Als theoretisch immer noch ungeklärt gilt u.a., wie strikt die Notenbanken das Ziel der Geldwertstabilität verfolgen sollten, und auch, wie eventuellen Gefahren für die Geldwertstabilität am besten vorzubeugen, ob also die Zentralbanken vorrangig das Wachstum der Geldmenge oder andere, konkurrierende Zielgrößen verfolgen sollten. Durch Konzepte wie dasjenige der Geldmengensteuerung ist die theoretische Ungewißheit weit weni-

ger eingengt worden, als es vorübergehend den Anschein hatte. (S. hierzu auch *Die Logik der Finanzpolitik*.)

Was hatte die theoretische Ökonomie zu bieten?

Wenn die zeitgenössische Ökonomie an herausragenden Problemen der politischen Praxis gescheitert ist, darf hieraus noch kein pauschales Urteil über deren wissenschaftlichen Wert oder Unwert hergeleitet werden. Es ist nicht auszuschließen, daß ohne die Wegweisung der ökonomischen Theorien die politischen Irrtümer noch schlimmer und die Folgen für die betroffenen Bürger noch fataler ausgefallen wären. Um eine umfassendere Bewertung vornehmen zu können, muß daher zunächst einmal die argumentative Reichweite des volkswirtschaftlichen Theorieprojektes abgesteckt sein.

Die Ökonomie hat sich - ebenso wie die meisten anderen Einzelwissenschaften - nicht als zusammenhängendes Theoriengebäude entwickelt. Unter ihrem Gattungsbegriff haben sich wissenschaftliche Unternehmungen zusammengefunden, die mit sehr unterschiedlichen Mitteln sehr unterschiedliche Ziele verfolgen und entsprechend unterschiedliche Theorieangebote unterbreiten. Die umfangreichste dieser Unternehmungen ist die orthodoxe Mikroökonomie. Diese versucht, eine Welt zu beschreiben, in der einzelne Individuen auf Märkten, in Unternehmen, Institutionen und in informellen Gruppen mit rationalen Mitteln ihren größtmöglichen individuellen Vorteil suchen. Dabei handelt es sich im Normalfall um einen geldlichen oder geldwerten Vorteil, aber die Analyse läßt sich relativ problemlos auch auf andere Vorteilskategorien wie Freizeit, Prestige, Sicherheit und geringe Arbeitsbelastung ausdehnen. Ein wichtiges Ziel der Analyse war es, darzulegen, warum und in welchen Formen sich wettbewerbliche Märkte spontan herausbilden und inwiefern sie den gesellschaftlichen Wohlstand fördern. Im weiteren wurde die Analyse unter analogen Prämissen auf nicht-marktliche Beziehungen innerhalb von Unternehmen und anderen Institutionen ausgedehnt. Insbesondere wurden die Auswirkungen verschiedener Eigentumsverhältnisse und Organisationsformen auf das Verhalten der beteiligten Akteure und auf die Effizienz der Institutionen analysiert. Vorrangige Aufmerksamkeit galt zwangsläufig der Vorteilssuche des Unternehmers, die zugleich die Suche nach hoher Produktivität und dem damit verbundenen gesellschaftlichen Wohlstandsgewinn ist.

Diese Abteilung der Ökonomie hatte ihre wichtigste raison d'être in der Auseinandersetzung mit der theoretischen Gegenposition der Plan- und Staatswirtschaftler und anderer Interventionstheoretiker. Sie mußte Argumente gegen Theorien liefern, die Märkte als irrational und unmoralisch, den Staat als vergleichsweise rational und moralisch, den Monopolcharakter staatlicher Institutionen daher als eher unschädlich und die Frage der Eigentumsverhältnisse als unerheblich für die Wohlstandsentwicklung darstellten. Sie versuchte daher, die Argumente zur Funktionsfähigkeit der Märkte, zum effizienten Charakter privatwirtschaftlicher Unternehmen und zum Einfluß des Wettbewerbs auf das Verhalten von Institutionen immer präziser und differenzierter zu fassen. Dabei verbündete sie sich in zunehmendem Maße mit der Mathematik, um zu möglichst eindeutigen, naturwissenschaftliche Stringenz suggerierenden Formulierungen zu gelangen.

Mit fortschreitender mathematischer Formalisierung gelangen der Mikroökonomie zwar in der Tat präzisere, eindeutigerere und differenziertere Aussagen. Diese Präzisierungen wurden in den meisten Fällen aber um den Preis einer Abkoppelung von der wirtschaftlichen Realität - und damit vom eigentlichen Anliegen der Theorie - erreicht. Die wenigsten theoretischen Aussagen, die im Zuge der Weiterentwicklung der Theorie generiert wurden, hatten noch einen konkreten Bezug zu den praktischen Fragen der Bedeutung des Wettbewerbs.

Der Wissenschaftsbetrieb hat dieser Entfremdung von der wirtschaftlichen Realität kaum entgegengewirkt. Er blieb von den Möglichkeiten der präzisen Formalisierung des Argumentes größtenteils so eingenommen, daß er diese schließlich unabhängig vom Ziel praktischen Erkenntnisgewinns weiterverfolgte. Dies führte dazu, daß immer mehr und immer präzisere Antworten auf Fragen gegeben wurden, die außerhalb des Theoriebetriebes niemand gestellt hatte und niemand stellen würde. Auch im nachhinein ließen die meisten theoretischen Antworten nicht die fragende Neugier aufkommen, die den wissenschaftlichen Aufwand im Rückblick gerechtfertigt hätte. Das Theorienpanorama glich am Ende dem Blickfeld eines Künstler, der die Fenster zur Außenwelt mit eigenen Bildern verhängt hat. Außerhalb der Wissenschaftsgemeinde bestand kaum noch Bedarf an einer Weiterentwicklung des formalisierten Theoriegebäudes.

Dem Interesse an einer formalistisch präzisierten Mikroökonomie war natürlich auch der Kollaps der theoretischen Gegenposition abträglich. Mit

dem Verschwinden der staatswirtschaftlichen Theorien wurden die wenigen für die Gesamtwirtschaft relevanten Aussagen der mikroökonomischen Theorie plötzlich zu trivialen Allerweltsweisheiten. Daß der Wirtschaftsprozeß sich durch Märkte am einfachsten koordinieren läßt, daß sich unter dem Druck des Wettbewerbs wirtschaftliche Initiative entfaltet, daß Wirtschaftsakteure mit ihrem persönlichen Eigentum sorgsamer umgehen als mit fremdem und daß die Eigentums- und Organisationsformen der Marktwirtschaft daher effizienter sind als andere, leuchtete nun auch ohne Hilfe der theoretischen Ökonomie ein. Diese Erkenntnis konnte sich auf immer mehr praktische Anschauung stützen, und sie bedurfte immer weniger der Stützung durch abstrakte Erklärungsmodelle. Insofern war das Anliegen, dem die formalisierte Mikroökonomie zu dienen meinte, durch die Geschichte weitgehend erledigt. Die wichtigen gesellschaftlichen Problemstellungen beginnen insofern heute dort, wo der Erklärungsanspruch der orthodoxen Mikroökonomie endet. Trotzdem behielt diese Subdisziplin in der ökonomischen Lehre einen so dominanten Einfluß, daß ihre nicht-orthodoxen Kritiker sich zumeist in der Auseinandersetzung mit deren Unzulänglichkeiten erschöpften.

Das andere große volkswirtschaftliche Theorieprojekt, die Makroökonomie, war anfänglich ohne jede logische Verbindung zur Mikroökonomie entstanden. Sie hatte einen anderen Objektbereich, und sie verfolgte ganz andere, zum Teil sogar entgegengesetzte Ziele. Während die Mikroökonomie die Effizienz des Marktes, des Wettbewerbs und der privatwirtschaftlichen Institutionen zu erklären versuchte, nahm die Makroökonomie sich gesamtwirtschaftliche Störungen, Konjunkturschwankungen und die damit verbundene hohe Arbeitslosigkeit zum Gegenstand ihrer Analysen. Diese Störungen wurden als Unvollkommenheiten des Marktsystems, d.h. als Abweichungen von dem in der Mikroökonomie beschriebenen effizienten Zusammenspiel der Marktakteure gedeutet. Die Makroökonomie versuchte, diese Unvollkommenheiten modellhaft zu beschreiben, und sie suchte nach Ansatzpunkten, um sie zu beheben oder ihnen vorzubeugen.

Bei dieser Suche ging die Makroökonomie nicht den naheliegenden Weg, konjunktur- und beschäftigungsschädliche Verhaltensweisen der einzelnen Marktakteure im konkreten Detail zu studieren und dadurch den eventuellen Motiven für diese Verhaltensweisen auf die Spur zu kommen. Vielmehr wurde versucht, meßbare gesamtwirtschaftliche Aggregatgrößen wie Sozialprodukt, Investition, Konsum, Staatsausgaben, Preisniveau und Beschäf-

tigung unmittelbar zu Objekten der Theorie zu machen. Der explizite oder implizite Anspruch war, zwischen diesen Größen Gesetzmäßigkeiten von naturwissenschaftlicher Verlässlichkeit aufzuzeigen. Man glaubte offenbar, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge theoretisch erklären zu können, ohne die zugrundeliegenden einzelwirtschaftlichen Phänomene, d.h. das Verhalten und die Motive der individuellen Wirtschaftsakteure, wirklich verstanden zu haben.

Bei der Formulierung dieser theoretischen Erklärungen ging auch die Makroökonomie eine enge Verbindung mit der Mathematik ein. Es wurden komplexe Hypothesen über die Zusammenhänge zwischen den gesamtwirtschaftlichen Größen mathematisch präzise formuliert, und es wurde versucht, in einer umfangreichen statistischen Datenbasis Bestätigung für solche Hypothesen zu finden. Die Hoffnung war, aus den Statistiken über die Konjunktur- und Wachstumsverläufe der Vergangenheit die Gesetze herauszulesen, denen auch die künftigen Daten gehorchen würden. Innerhalb dieser Gesetze wollte man einzelne Variablen als politisch manipulierbare Größen isolieren. Die theoretisch formulierten Kausalbeziehungen sollten also in wirtschaftspolitisch nutzbare Instrumentalbeziehungen umgedeutet werden. Eine dieser Instrumentalbeziehungen war diejenige zwischen staatlichem Ausgabe- und Einnahmeverhalten auf der einen und dem Sozialprodukt bzw. der Beschäftigung auf der anderen Seite. Auch in der Geldversorgung durch die Notenbank sah man zeitweilig ein Instrument zur Optimierung von Sozialprodukt und Beschäftigung. Staatliche Finanzpolitik und Zins- bzw. Geldmengenpolitik sollten gemeinsam dafür sorgen, daß sich die Arbeitslosigkeit in Grenzen hielt.

Dieses ehrgeizige Ziel hat die Makroökonomie bekanntlich nicht erreicht. Sie konnte keine quantitativen Gesetzmäßigkeiten zwischen volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen aufdecken, die auf Dauer als verlässliche politische Handlungsanleitung anerkannt worden wären. Sie hat zudem den Mangel, die makroökonomischen Zusammenhänge ohne plausible Deutung der individuellen Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte erklären zu wollen, auch nachträglich nicht überzeugend beheben können.

Stand der Dinge ist demnach, daß sowohl die Mikro- wie auch die Makroökonomie ihre praktische Relevanz weitgehend eingebüßt, wenn nicht von vornherein verfehlt haben. Zudem haben sich beide Subdisziplinen in unnötigem Maße formalisierten Methoden unterworfen, die ihnen zwar die inhaltliche Präzisierung ihrer Aussagen erleichtern, aber zugleich den

Zugang zur Realität erschweren. Die Ausdifferenzierung der Theoriegebäude bringt kaum mehr als intellektuelle Fingerübungen hervor, die weder zum Verständnis noch zur politischen Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Realität nennenswert beitragen. In der Makroökonomie ist der Anspruch auf theoriegeleitete Steuerung von Wachstum und Beschäftigung dem bescheidenen Bemühen gewichen, möglichst unschädliche, d.h. konjunkturneutrale Verhaltensweisen des Fiskus und der Zentralbanken zu beschreiben. In der mikroökonomischen, d.h. ordnungspolitischen Gestaltung hat sich zwar ein Konsens über die grundsätzliche Zweckmäßigkeit des Marktes, des Wettbewerbs und des Privateigentums herausgebildet. Auf die Frage nach dem Umgang mit Ansprüchen, die von Marktangeboten nicht abgedeckt werden, sind schlüssige Erklärungen aber ausgeblieben. Dies betrifft sowohl die Ansprüche von Arbeitskräften gegenüber Unternehmen als auch jene, die an die Adresse der Politik gerichtet werden.

Da die Theorie in dieser Hinsicht wenig Orientierung bietet, überrascht es nicht, wenn Ökonomen in Fragen der wirtschaftspolitischen Praxis zumeist individuellen ideologischen Neigungen folgen. Entsprechend willkürlich und breit gestreut ist der wirtschaftswissenschaftliche Rat an die Politik, sobald es um den Umgang mit den Ansprüchen geht, die vom Markt nicht erfüllbar sind. Eine Mehrheit der Ökonomen beschränkt sich darauf, die Durchsetzung solcher Ansprüche als Störeinflüsse auf das Marktsystem darzustellen und vor den damit verbundenen negativen Nebenwirkungen auf Wohlstandsniveau und Wirtschaftswachstum zu warnen. Insofern ist die Ökonomie eine einseitige Angebotswissenschaft geblieben, die dem gesellschaftlichen Problem des Zusammen- bzw. Gegeneinanderwirkens von marktlichen Angeboten und marktwidrigen Ansprüchen ausweicht.

Was bleibt von der Ökonomie?

Auf die Frage, ob die oben angeführte Prognose über das Schicksal der ökonomischen Theorien sich als zutreffend erweisen wird, läßt sich die Antwort anhand des hier skizzierten wissenschaftlichen Status quo der Ökonomie präzisieren.

Im positiven Sinne überlieferenswert sind von der Nationalökonomie letztlich nur jene theoretischen Bestandteile, die praxisrelevante Argumente liefern. Dabei muß es sich um Argumente handeln, die nicht schon anderweitig von Nachbardisziplinen abgedeckt sind und daher einen originär

ökonomischen Erkenntnisbeitrag leisten. Es ist also jener Kernbereich des ökonomischen Denkens zu bestimmen, zu dem Vertreter von Nachbardisziplinen relativ schwer Zugang finden, der aber gleichwohl zum Verständnis und zur Lösung gesellschaftlicher Probleme unentbehrlich ist. Dieser Bereich ist jene hypothetische Lücke in der wissenschaftlichen Arbeitsteilung, die ohne die Hilfe der Ökonomie nicht geschlossen worden wäre bzw. werden könnte.

Um diese Lücke näher einzugrenzen, muß man nicht die gesamte national-ökonomische Lehre akribisch ausleuchten, sondern es genügt eine intuitive Annäherung an die Essenz des ökonomischen Denkens. Intuitiv würden vermutlich selbst ökonomische Laien diese Essenz in der praktisch relevanten Grundeinsicht vermuten, daß im marktlichen Wettbewerb Angebot und Nachfrage die Preise regeln und umgekehrt, und daß dieser Regulationsprozeß sich über das gesamte Marktgeschehen erstreckt. Dies ist in der Tat die essentielle Erkenntnis, die von zeitgenössischen Ökonomen konsequenter hochgehalten wird als jede andere. Sie ist zudem eine originär ökonomische Erkenntnis, deren in allen Implikationen durchdachte Anwendung immer wieder der Anmahnung durch Ökonomen bedarf.

In ihrer konsequenten Anwendung ist diese Einsicht häufig viel weniger trivial, als die meisten Nicht-Ökonomen vermuten. Sogar Ökonomen ist das Festhalten an dieser Einsicht nicht immer leichtgefallen. So beruht zum Beispiel ein Großteil der makroökonomischen Theorie darauf, daß die Zusammenhänge zwischen Preisen und Mengen hintangestellt und daß bestimmte Mengen oder Preise im Wirtschaftsgeschehen zu voreilig als starre Gegebenheiten betrachtet wurden. Dies hat im weiteren zu einer systematischen Unterschätzung der längerfristigen Anpassungsfähigkeit von Märkten geführt.

Der nicht-triviale Charakter dieser ökonomischen Grundeinsicht ist häufig auch an Unterschieden zwischen den unter Ökonomen und unter Nicht-ökonomien gängigen Erwartungshaltungen gegenüber Planzielen ablesbar. Einen ziemlich gelungenen Versuch, den Beitrag ökonomischen Denkens zu diesen Fragen umgangssprachlich zu vermitteln, unternahm in den späten achtziger Jahren ein amerikanischer Ökonom, als er in seiner Abschiedsvorlesung seine fachspezifischen Erkenntnisse zu resümieren versuchte. Quintessenz seiner lebenslangen ökonomischen Denkschulung, so meinte er, sei das Bewußtsein, "*that everything depends on everything else.*" Vor allem dieses Bewußtsein unterscheidet Ökonomen von Nicht-

Ökonomen, und es unterscheide Ökonomen von Vertretern anderer wissenschaftlicher Disziplinen. Dies schlage sich nicht zuletzt im Umgang mit organisatorischen Problemen und damit auch im praktischen Alltag an akademischen Institutionen nieder. Häufig sei es die größere Skepsis gegenüber gutgemeinten regelnden Eingriffen, in der Ökonomen sich einig wüßten.

Das Bewußtsein der generellen Interdependenz, der Abhängigkeit aller wirtschaftlichen Sachverhalte und Entscheidungen von allen anderen, ist in der Tat eine naheliegende Folge der Befassung mit der ökonomischen Theorie. Die Erkenntnis, daß Angebot und Nachfrage die Preise regeln und umgekehrt, daß man also nirgendwo in Preise eingreifen kann, ohne schwer kalkulierbare, oft unerwünschte Effekte auf Angebots- und Nachfragemengen auszulösen, und daß man diese Mengen nicht beeinflussen kann, ohne ebensolche Effekte auf die Preise auszulösen, ist bei Nicht-Ökonomen selten ganz präsent. Daß also Phänomene wie Versorgungsmängel, Schwarzmärkte, Ressourcenverschwendung, Subventionsbedarf und Arbeitslosigkeit vielfach unbedachte Folgen solcher Eingriffe sind und daß fast jeder solche Eingriff einen Bedarf an Folgeeingriffen erzeugt, ist Gegenstand unerlässlicher ökonomischer Aufklärung.

Sache der Ökonomen ist es vor allem, auf die weitergehende Abhängigkeit aller Preise - damit und aller Angebots- und Nachfragemengen - voneinander hinzuweisen. Die Interdependenzen zwischen Marktpreis und Schwarzmarktpreis, Preis der Arbeit und Preis der Produkte, Einkommen der Arbeitslosen und Lohn der Arbeitenden, Höhe der Steuern und Nachfrage nach Arbeitskräften, Höhe der Subventionen und Höhe der Kosten werden durch elementare ökonomische Analyse zugänglich. Diese Analyse macht auch deutlich, wie schwer die Interdependenzen durchschaubar und wie schwer daher gezielte Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen kalkulierbar sind.

Die Ökonomie ist aus dieser Sicht in ihrem Kern eine Wissenschaft der Nebenwirkungen. In praktischer Hinsicht wird sie damit zu der Wissenschaft, die über die Unüberschaubarkeit und damit auch die Unbeherrschbarkeit der Nebenwirkungen politischer Eingriffe in den Markt aufklärt.²

² Die Parallele zur Ökologie ist hier offensichtlich. Sache geschulter Ökologen ist es, auf die unbedachten und unkalkulierbaren Nebeneffekte von Eingriffen in natürliche Prozesse aufmerksam zu

Dies dürfte in der Tat das Beste sein, das sie zum Verständnis und zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beigetragen hat. Leider besteht unter Ökonomen noch wenig Bereitschaft, die Essenz ihres Denkens ex cathedra in eine so einfache und unpräzise Formel zu fassen wie das zitierte "everything depends on everything else". Eine solche Formel nimmt der ökonomischen Disziplin zwar viel von ihrem Nimbus, verleiht ihr aber um so mehr den Charakter eines lebenspraktisch bedeutsamen Wissenschaftszweiges.

Das Verdienst, das ökonomische Interdependenzdenken gefördert und damit die ökonomische Nebenwirkungslehre begründet zu haben, kommt fast ausschließlich der Mikroökonomie zu. Die auf Intervention und Prognostik ausgerichtete Makroökonomie war demgegenüber eine wissenschaftliche Abweichung, in der das originär ökonomische Bewußtsein von der Universalität und Unüberschaubarkeit der Nebenwirkungen oft ausgeblendet wurde. Damit ist bereits eine erste Teilantwort auf die Frage nach den überlieferten Bestandteilen der gängigen ökonomischen Theorie gegeben. Es dürfte sich hierbei fast ausschließlich um mikroökonomische Theoriebestandteile handeln.

Als Wissenschaft von der Allgegenwart unübersehbarer Nebenwirkungen läßt sich die Mikroökonomie ins Politische als eine normative Theorie des Nicht-Eingreifens bzw. des Unterlassens übersetzen. Genau dies entspricht der politischen Grundhaltung der meisten zeitgenössischen Ökonomen. Sie deuten die Mikroökonomie als eine theoretische Mahnung, sich im Zweifel für die politische Unterlassung und gegen den regulierenden politischen Eingriff zu entscheiden.

Dieser gesellschaftlich relevante Kern der ökonomischen Erkenntnis darf allerdings der gängigen Mikroökonomie nicht ohne Vorbehalte gutgeschrieben werden. Deren theoretische Ansätze und formalisierte Modelle bringen zwar eine gewisse analytische Klarheit in das Interdependenz- und Nebenwirkungsproblem. Indem sie aber noch von einer Abbildbarkeit des Marktprozesses durch die Theorie ausgehen, schaffen bzw. bewahren sie auch Raum für die Illusion von der Überschaubarkeit und nebenwirkungs-

machen. Sie werden damit gegenüber einer unregierbaren Natur zu Sachwaltern einer interventionsarmen Lebensweise, ähnlich wie die meisten Ökonomen sich gegenüber einer unregierbaren Wirtschaft als Sachwalter einer interventionsarmen Politik verstehen. In ihrer fortgeschrittenen Form sind ökonomische und ökologische Logik somit ausgesprochen artverwandt.

armen Beeinflußbarkeit. Ihre statischen Bilder gleichgewichtiger Marktzustände unterschlagen die wichtigsten Probleme, mit denen die Marktakteure sich im Wirtschaftsprozeß typischerweise konfrontiert sehen. Diese Probleme betreffen die Veränderlichkeit der Marktbedingungen bzw. die damit verbundenen Ungewißheiten und nicht versicherbaren Risiken marktlicher Entscheidungen. Vernachlässigt oder zumindest realitätsfern behandelt wurde in der orthodoxen Mikroökonomie daher auch die Rolle des Marktes als Ort des Umganges mit solchen Ungewißheiten und als Ort der Risikobewältigung.

Das Argument von der Unüberschaubarkeit der Interdependenzen und der Unbeherrschbarkeit der Nebenwirkungen wird im Grunde erst durch die unvorhersehbare, theoretisch nicht abbildbare Veränderlichkeit des Marktgeschehens ganz plausibel. Auf die formale, auf einen statischen Markt bezogene Mikroökonomie kann sich daher die politische Theorie des Unterlassens, die aus der herrschenden ökonomischen Lehre hervorgegangen ist, nur bedingt berufen. Der Schritt vom gereiften ökonomischen Bewußtsein des "everything depends on everything else" zur wirtschaftspolitischen Lehre des Unterlassens führt nur über die Einsicht in die kognitive Überforderung durch den Wandel der wirtschaftlichen Umstände. Die Einsicht, daß man in der Praxis weder des "everything" noch des "everything else", weder der Gesamtheit der bedingten noch der bedingenden Sachverhalte also, jemals hinreichend habhaft werden kann, um den gezielten Eingriff oder die präzise Prognose zu vollbringen, geht über den mikroökonomischen Verständnishorizont hinaus. Die Erfahrung, daß wirtschaftspolitische Interventionen fast immer zur Unzeit gewagt wurden und gewirkt haben, daß wirtschafts- und sozialpolitische Reformen, kaum eingeführt, schon wieder reformbedürftig wurden und daß sie die baldige Reform der Reform nach sich zogen, findet in der Mikroökonomie keine ausreichende theoretische Entsprechung. Zwischen dieser Erfahrung und der mikroökonomischen Interdependenzlehre liegt eine erhebliche theoretische Erklärungs- und Handlungs-
unglücke.

Ausgefüllt wird diese Lücke am nachhaltigsten durch die insbesondere von F.A. von Hayek propagierte Deutung des Marktgeschehens als dezentrales Erkenntnisinstrument und wettbewerbliches Entdeckungsverfahren, als ein Verfahren also der Informationsgewinnung und -verbreitung, das innovative Ungleichgewichte hervorbringt und zugleich bewältigen hilft. Diese Deutung hebt den engen kognitiven Horizont aller aktiven Marktakteure

und passiven Marktbeobachter hervor. Sie stellt zugleich heraus, daß der marktliche Wettbewerb selbst die Quelle der Veränderlichkeit marktlicher Sachverhalte ist und damit Ursache für diese unüberschaubare Komplexität. Das ökonomietypische Bewußtsein des "everything depends on everything else" wird insofern durch diese Deutung praxisnah erweitert. Deren theoretischer Beitrag zum Verständnis der Wirtschaft als ganzer ist damit zugleich umfassender und realitätsnäher als derjenige der formalisierten Mikroökonomie. Auch für die wirtschaftspolitische Lehre des Unterlassens gibt sie die vollständigere, das "everything depends on everything else" beinhaltende und darüber hinausgehende Begründung. Sie weist den regulierenden Eingriff des Staates nicht nur wegen dessen unüberschaubarer Nebenwirkungen ab, sondern auch wegen seiner negativen Auswirkungen auf die erkenntnisfördernde Funktion des Wettbewerbs.

Die Lehre, daß der Markt den kognitiven Horizont seiner Akteure und Beobachter - und damit auch all jener, die ihn zu beherrschen und zu regulieren versuchen - übersteigt, hat natürlich in gewisser Weise trivialen Charakter, und in umgangssprachlicher Formulierung hat sie den Anschein von Banalität. Dies bedeutet aber keineswegs, daß eine solche Lehre wissenschaftlich entbehrlich wäre. Unentbehrlich ist sie vielmehr gerade als Mahnung an die Wissenschaft, sich nicht eine dem begrenzten eigenen Vorstellungsvermögen angepaßte, d.h. künstlich vereinfachte Objektwelt vorzuspiegeln. Sie stellt damit auch die Mahnung dar, die herkömmlichen ökonomischen Partialanalysen - und eine solche ist auch die sogenannte Allgemeine Gleichgewichtstheorie - nicht unnötig ernst zu nehmen. Sie stellt zugleich die Ökonomie auf eine Stufe mit der zeitgenössischen Philosophie, deren Hauptverdienst darin besteht, das Scheitern früherer Bemühungen um letztgültige philosophische Aussagen aufgedeckt zu haben, und deren künftige Hauptaufgabe darin bestehen dürfte, das Bewußtsein dieses Scheiterns wachzuhalten.

Aus dieser Deutung des ökonomischen Erkenntnisstandes ergibt sich bereits eine sehr weitgehende Präzisierung der Prognose zur künftigen ökonomischen Theoriengeschichte. Wenn man die gesellschaftliche Verwertbarkeit als Maßstab anlegt, bleibt von der zeitgenössischen Ökonomie kaum mehr als die maßgeblich von Hayek begründete Lehre überlieferenswert, dass der Marktprozess seine Teilnehmer anspornt und seine Beobachter überfordert. Soweit das Interesse an anderweitiger zeitgenössischer Ökonomie überdauert, wird es früher oder später nur noch von dogmen-

historischer Art sein. Politisch gesehen, wird die zeitgenössische Ökonomie dementsprechend als eine - in dieser Eigenschaft durchaus fundierte - Theorie des Unterlassens überleben.

Diese Theorie eröffnet indes für sinnvolle Arbeit am Detail weit mehr Raum, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Allein die Frage, wie beispielsweise eine nicht-interventionistische, nebenwirkungsfreie Geld- und Fiskalpolitik konkret zu praktizieren wäre, stellt hohe theoretische Ansprüche, und sie ist von ebenso hoher praktischer Relevanz.

So willkommen diese Reduktion der Ökonomie im Interesse wissenschaftlicher Klarheit und Effizienz wäre, so deutlich offenbart sie andererseits das Ausmaß der bestehenden theoretischen Defizite. Wenn in praktischer Hinsicht die Ökonomie nur eine Theorie des Unterlassens bleibt, d.h. eine Theorie im Dienste der spontan entstehenden marktlichen Angebote, kapituliert sie damit vor der Auseinandersetzung mit der Realität der politischen Ansprüche. Insoweit Politik das Feld ist, auf dem die über die marktlichen Angebote hinausgehenden Ansprüche eingebracht und ausgetragen werden, bliebe die Ökonomie also eine künstlich unpolitische Theorie. Insoweit Ansprüche auch die wirtschaftliche Realität auf Märkten und insbesondere in Unternehmen prägen, wäre ihr letztlich auch als Markttheorie eine vorsätzliche Unvollständigkeit vorzuwerfen. Auch als politischer Theorie des Unterlassens wäre ihr eine Unvollständigkeit und Einseitigkeit anzulasten, die allzu leicht in ideologische Voreingenommenheit umschlägt. Dies wird an nichts so deutlich wie an den einseitigen ideologischen Schlußfolgerungen, die beispielsweise Hayek aus seiner Deutung des Marktgeschehens zog. Dieser begnügte sich nicht damit, seine Theorie als Warnung vor überzogenen Erwartungen an den politischen Interventionismus zu präsentieren, sondern weitete sie zu einer radikalen politischen Ideologie des Unterlassens aus. Radikale Ideologie war es, das Argument von der Unbeherrschbarkeit der Nebenwirkungen in ein Argument gegen marktwidrige Ansprüche umzudeuten und so das Problem der sozialen Gerechtigkeit allein wegen seiner praktischen Implementationsprobleme hintanzustellen. In dieser Form enthielt die Theorie des Unterlassens selbst eine gravierende intellektuelle Unterlassung. Sie stand der innovativen theoretischen Auseinandersetzung mit dem Zusammenspiel von marktlichen Angeboten und marktwidrigen Ansprüchen im Wege.

So erfolgreich die Ökonomie in ihrem überlebenswerten Kern als Theorie des Unterlassens sein könnte, so unzulänglich wird sie auf diesem Wege in

der Eigenschaft als politische Ökonomie. Als eine solche wäre die Theorie des Unterlassens in demokratischen Staaten ebenso unbrauchbar, wie es aus heutiger Sicht die sozialistische und die keynesianische waren.

Was hätte die Ökonomie bieten müssen?

Wenn von der zeitgenössischen Ökonomie letzten Endes nur eine ideologiefällige Theorie des Unterlassens übrigbleibt, ist dies nicht nur das interne Problem einer wissenschaftlichen Disziplin. Es läßt, weil gesellschaftliche Gestaltung nicht nur aus Unterlassung bestehen kann, eine Lücke in der politischen Rationalität. Es bedeutet den Verzicht auf eine zeitgemäße politische Ökonomie, in der ökonomische und politische Vernunft eine systematische, nicht nur ad hoc am politischen Tagesproblem geknüpfte Verbindung eingehen. Es überläßt die Probleme des unentbehrlichen politischen Tuns, d.h. die praktische Auseinandersetzung mit den in einer demokratischen Gesellschaft aufkommenden politischen Ansprüchen, fremden Disziplinen. Dies führt dazu, daß politische Entscheidungen immer wieder als Kompromisse zwischen einer politisch unvernünftigen Ökonomie und einer ökonomisch unvernünftigen Politik zustande kommen.

Auch wissenschaftlich hat die Schwäche der Ökonomie in Fragen des politischen Handelns beträchtliche negative Folgen. Sie läßt die Stärken der ökonomischen Argumentation, d.h. die in der ökonomischen Theorie entwickelte Präzision der Darstellung, zu der durchaus auch die überschaubare mathematische oder geometrische Formalisierung gehört, in gesellschaftstheoretischen Fragen ungenutzt. Die konzeptionelle Auseinandersetzung über aktives politisches Handeln bleibt damit in einem diffuseren Diskurs befangen, dessen begriffliches Instrumentarium nicht darauf angelegt ist, politische Argumente nach ökonomischem Vorbild auf klar begründete Lösungen zuzusteuern.

Die durch diese einseitige Anwendung der ökonomischen Argumentation entstandene Lücke ist theoriegeschichtlich als Lücke zwischen den beiden für die politische Ökonomie bedeutendsten Theoretikern des 20. Jahrhunderts, nämlich John Rawls und F.A. von Hayek, deutbar. Rawls ist der politische Philosoph, der sich intensiver als andere ökonomischer Argumentationsmethoden bediente und daher zu präziseren Aussagen gelangte, als dies in den nicht-ökonomischen Sozialwissenschaften im allgemeinen der Fall ist. Nur mit einer an der Ökonomie geschulten Argumentation konnte er seine Theorie der Gerechtigkeit so präzise formulieren, daß sie als Verteilungstheorie in die Nähe der praktischen Anwendbarkeit gelangte. Daß der naheliegende Brückenschlag zwischen Rawls und Hayek, zwischen der Theorie der Ansprüche und der Theorie der Angebote, ausblieb,

stellt daher das eigentliche Scheitern der zeitgenössischen Ökonomie als einer modernen Gesellschaftswissenschaft dar. Die Lücke zwischen Hayek und Rawls ist genau jene Leerstelle der Theorie, an der eine zusammenhängende politische Ökonomie gefragt war. Die Rawlssche Gerechtigkeitskonzeption wäre aus der Sicht der Ökonomie der jenseitige Brückenpfeiler einer umfassenderen Gesellschaftslehre, die sich gleichgewichtig der Optimierung der Angebote und der Befriedigung legitimer Ansprüche annimmt.

Daß es der Ökonomie nicht gelungen ist, mit ihren eigenen Mitteln den Brückenschlag zur Theorie der legitimen Ansprüche zu vollziehen, hat einen konkreten theoriegeschichtlichen Hintergrund. Der Ursprung der zeitgenössischen Ökonomie liegt in der Lehre von Tauschmärkten, auf denen Güter gegen Güter oder Güter gegen Geld gehandelt werden. Hauptanliegen dieser Lehre war es, die selbsttätigen Mechanismen zu bestimmen, die in einer statischen Wirtschaft eine optimale Güterversorgung hervorbringen. Damit wurde die Ökonomie frühzeitig zu einer normativen Lehre der Wohlstandsmaximierung durch politische Unterlassung.

Die frühe Fixierung der orthodoxen Ökonomie auf das Problem des effizienten Gütertauses hat dazu geführt, daß ihr Analyseinstrumentarium schon ausgereift und weitgehend formalistisch erstarrt war, bevor der Arbeitsmarkt ernsthaft zum Objekt der theoretischen Neugier gemacht wurde. Als die Theorie sich schließlich näher mit dem Arbeitsmarkt beschäftigte, tat sie dies mit einem analytischen Instrumentarium, das für Getreide-, Kartoffel- und für andere Märkte entwickelt worden war, auf denen anspruchslose homogene Güter gehandelt wurden. Arbeit wurde demzufolge als ein homogenes Wirtschaftsgut behandelt und die Arbeitskraft als ein anspruchsloses Subjekt, dessen Marktverhalten sich in der Abwägung zwischen Arbeitseinkommen und Freizeitkonsum erschöpft. Auch in der empirischen Arbeitsmarktwissenschaft wurde selten versucht, den Arbeitskräften in ihren subjektiven Einstellungen zum Arbeitsmarkt gerecht zu werden. Statt dessen wurden empirische Erkenntnisse vorzugsweise in statistischen Arbeitsmarktdaten gesucht. Auf dieser Basis gelang es nicht, eine Arbeitsmarkttheorie zu entwickeln, die als Fundament einer zeitgemäßen politischen Ökonomie hätte dienen können.

Nur eine frühzeitigere Auseinandersetzung mit den Besonderheiten des Arbeitsmarktes in der modernen Industriegesellschaft hätte diesen wissen-

schaftlichen Unterlassungen vorbeugen können. Der Arbeitsmarkt ist jener gesellschaftliche Ort, an dem primär über die Verteilungsfrage entschieden wird. Er ist daher auch der eigentliche Ursprung aller politischen Umverteilungsansprüche. Wo immer Subventionen, Einkommenstransfers, Preisgarantien, Importbeschränkungen und andere staatliche Eingriffe in die Wohlstandsverteilung reklamiert werden, ist der eigentliche Grund hierfür der Widerstand gegen die Verteilungswirkungen des Arbeitsmarktes.

Eine realitätsnahe politische Ökonomie kann es daher nur auf der Basis einer plausiblen Arbeitsmarktanalyse geben. Dies muß eine Analyse sein, die Arbeitskräfte in ihren Bedürfnissen, Ansprüchen und eventuellen Widerständen gegen die arbeitsmarktlichen Mechanismen ernst nimmt, als es die herkömmliche Ökonomie in Theorie und Empirie getan hat.

Für die Entwicklung einer politischen Ökonomie ist der Arbeitsmarkt aber auch deswegen bedeutsam, weil viele Motive und Verhaltensweisen der Arbeitskräfte den politisch relevanten Motiven und Verhaltensweisen der Staatsbürger verwandt sind. Insbesondere sind die Ansprüche, die Arbeitskräfte an Unternehmen stellen, artverwandt mit den Ansprüchen der Bürger an den Staat. Der Gerechtigkeitsanspruch, dem demokratische Politik auf Staatsebene gerecht zu werden versucht, ist dem ganz ähnlichen Anspruch vergleichbar, den die Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt einbringen und den sie gegenüber Arbeitgebern durchzusetzen versuchen. Zudem besteht zwischen den Gerechtigkeitsansprüchen der Bürger an den Staat und denjenigen der Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt eine enge Interdependenz. Gerechtigkeit, die Arbeitskräfte bei Arbeitgebern vergebens reklamieren, wird früher oder später bei staatlichen Instanzen eingefordert und umgekehrt. Daraus ergibt sich, daß politische Ökonomie und Arbeitsmarkttheorie eng miteinander verzahnt sein müssen, wenn beide an den gesellschaftlichen Realitäten orientiert sein sollen. Die nähere Beschäftigung mit dem Arbeitsmarkt und insbesondere mit den Arbeitskräften ist es, die in der Ökonomie eine solche Verzahnung zustande bringen kann. Je unmittelbarer die Arbeitsmarkttheorie in die Realität von Arbeitsmarkt und Arbeitswelt eindringt, desto weniger kann sie umhin, gleichzeitig eine Angebots- und eine Anspruchstheorie zu sein. Sie wird damit zum Grundstein der politischen Ökonomie.

Was kann eine zeitgemäße politische Ökonomie leisten?

Eine Arbeitsmarkttheorie, die sich der Akteure des Arbeitsmarktes als sozialer Wesen annimmt, kann nicht auf dem Fundament statistischer Daten aufbauen. Sie muß sich der Auseinandersetzung mit dem konkreten Arbeitsmarktalltag stellen, in dem Arbeit nicht als homogenes Gut gehandelt wird und Arbeitskräfte nicht als anspruchslose Tauschpartner auftreten. Sie muß die Motive und Verhaltensweisen beider Marktseiten, d.h. der Arbeitskräfte und der Arbeitgeber als deren Vertragspartner, am konkreten Einzelfall erforschen. Dies führt jenseits der Geld- und Freizeitbedürfnisse von Arbeitskräften unter anderem zur Auseinandersetzung mit deren Gleichheits- und Gerechtigkeitsansprüchen. Es zwingt darüber hinaus zur Auseinandersetzung mit Phänomenen wie Kontinuitätsansprüchen, Arbeitsethos und Leistungsethos und der Rolle der Arbeitskraft als Risikofaktor im Kalkül der Unternehmer. Es läßt auch die große Bedeutung der Unterschiedlichkeit von Arbeitskräften für die Funktionsweise des Arbeitsmarktes und das Ausmaß der Arbeitslosigkeit sichtbar werden. Es zwingt darüber hinaus, diese Phänomene nicht als zeitlose Gegebenheiten in die Theorie einfließen zu lassen, sondern auch auf ihren historischen Wandel einzugehen. Nur auf dieser Grundlage kann eine zeitgemäße, auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen eingehende politische Ökonomie entwickelt werden.

Eine der wichtigsten Einsichten, die die ökonomische Theorie aus der intensiveren Befassung mit der Arbeitsmarktrealität hätte herleiten können, betrifft den Trend zu stärkerer Ungleichheit der Wohlstandsverteilung oder aber zu höherer Arbeitslosigkeit, der sich in jüngerer Vergangenheit in fast allen entwickelten Volkswirtschaften herausgebildet hat. Dieser Trend hätte frühzeitiger als natürliches Begleitphänomen des technischen Fortschritts und der gesellschaftlichen Individualisierung, vor allem aber auch der herrschenden Wirtschafts- und Sozialordnung erkannt werden können.³

³ Beiträge zur Arbeitsmarkttheorie im Reformforum, die diese Lücken schließen helfen, sind:

- B. Wehner, Der Arbeitsmarkt im Sozialstaat. Eine Funktionsanalyse (Arbeitsmarkt und Sozialstaat, Teil 2. Frühere Fassung veröffentlicht unter dem Titel Die Grenzen des Arbeitsmarktes. Grundriß einer neuen Arbeitsmarkttheorie, Marburg 1991)

- B. Wehner, Arbeitslosigkeit im Sozialstaat. Eine Problemdiagnose (Arbeitsmarkt und Sozialstaat, Teil 1)

Eine solche realistischere Theorie und Politik hätte auch frühzeitiger der lange verbreiteten Überschätzung des herkömmlichen Sozialstaatskonzeptes vorgebeugt. Sie hätte auch nicht eine so hastige Bedenkenlosigkeit beim Überstülpen der wirtschafts- und sozialpolitischen Spielregeln westlicher Staaten im postsozialistischen Osteuropa aufkommen lassen.

Selbst ein Wissenschaftsversagen, das in bedrückender Weise als politisches Versagen auf die gesellschaftliche Realität durchschlägt, läßt sich letzten Endes als ein quasi natürlicher Vorgang, d.h. als unvermeidliches Scheitern der Theorie an unvorhersehbaren gesellschaftlichen Veränderungsprozesse deuten. Solches Scheitern sollte aber auch zum Anlaß genommen werden, sich intensiver der allgemeineren Frage nach den Erfolgsbedingungen wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung zu stellen. Hierbei handelt es sich im weitesten Sinne um eine wissenschaftstheoretische und im engeren Sinne eine wissenschaftspolitische Fragestellung.

Zu fragen ist in diesem Zusammenhang unter anderem, ob die institutionellen Bedingungen, unter denen die zuständigen Wissenschaften betrieben werden, dem Erkenntnisfortschritt wirklich förderlich sind, ob diese Wissenschaften also unter anderen Bedingungen möglicherweise enger mit den lebenspraktisch relevanten Fragen in Berührung kommen und erfolgreicher auf gesellschaftliche Herausforderungen der genannten Art reagieren würden. Hierzu gehört auch die Frage, unter welchen Bedingungen die betreffenden wissenschaftlichen Disziplinen am besten zueinander finden würden, um sich interdisziplinär um die Lösung gesellschaftlicher Probleme zu bemühen.

Die Anwendung gültiger ökonomischer Grundeinsichten legt die Vermutung nahe, daß auch im politischen Umgang mit der Wissenschaft durch mehr staatliche Unterlassung und weniger staatliche Einmischung größerer Nutzen gestiftet und schädliche Nebenwirkungen der angeführten Art vermieden werden könnten.⁴

⁴ Zu diesen und anderen wissenschaftstheoretischen Aspekten des Theorieversagens, die bisher relativ wenig Beachtung gefunden haben, s. *Die ökonomische Logik der Interdisziplinarität und Wissenschaft, Wettbewerb und Demokratie*. Darin werden elementare institutionelle Erfolgsbedingungen praktisch orientierter Ökonomie und benachbarter Gesellschaftswissenschaften aufgezeigt. Darüber hinaus wird das Verhältnis dieser Wissenschaften zueinander in einer umfassenden, arbeitsteiligen Staats- und Gesellschaftswissenschaft erörtert.